

## Medical Professionals for Human Rights in Iran- Austria

Unsere Gruppe, die aus Österreichisch-Iranischen Ärztinnen, Ärzten und Angehörigen von anderen medizinischen Berufen besteht, hat sich aus Solidarität zu den Opfern gebildet, die nach dem gewaltsamen Niederschlagungsversuch der friedlichen Protestaktionen durch die iranische Regierung zu beklagen sind.

Direkt nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der Präsidentschaftswahl vom 12. Juni 2009 haben die friedlichen Demonstrationen von Millionen von Iranern begonnen. Die iranische Exekutive und paramilitärischen Gruppierungen haben durch Einsatz von Tränengas, Schlagstöcken, Stich- und Schusswaffen viele Demonstranten zum Teil schwer verletzt. Laut offiziellen Angaben wurden ca. 20 Personen getötet. Diese Zahl dürfte um ein vielfaches höher sein. Es wurden tausende Menschen verhaftet, von denen einige an schweren Erkrankungen gelitten haben.

Die Ärzte im Iran werden durch die Behörden an der Ausübung ihrer Arbeit zur medizinischen Versorgung der Verletzten und erkrankten politischen Gefangenen gehindert. Wir Mediziner haben ein Eid geleistet und haben die moralische Verpflichtung, gegen diese eklatante Verletzung der medizinischen Ethik und der grundlegendsten Menschenrechte im Iran aufzuschreiben.

Wir sind unabhängig von jeder politischen Richtung und im Einklang mit allen anderen freiheitsliebenden Organisationen, die eine Beachtung aller Menschenrechte und sofortiges Ende der Gewalteskalation gegen friedliche Proteste fordern. Zusätzlich möchten wir als Angehörige der medizinischen Berufe, unserem Berufsethos entsprechend, gegen folgende Tatsachen auf das Schärfste protestieren

- ? Ausschluss von jeglicher medizinischen Betreuung der verletzten bzw. erkrankten festgenommenen Demonstranten
- ? Gewaltandrohung und –ausübung gegen medizinisches Personal bei der Versorgung der Verletzten
- ? Hinrichtung der Gefangenen
- ? Physische und Psychische Gewaltanwendung bei Gefangenen

- ? Gewaltandrohung gegen Gerichtsmediziner und Nötigung zur verfälschten Angabe der Todesursache bei den gefallenen Demonstranten.

Wien, Juli 2009